Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in unserer Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,10 Mk., bei Postbestellung 2,25 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 155. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, den 7. Juli 1925

Ein Wink Amerikas.

Das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu den politischen Problemen des europäischen Kontinents ist ganz eigentümlicher Natur. Man tut in Washington so, als halte man die Monroedoktrin (Amerika den Amerikanern, aber Uninteressiertheit an den Fragen außeramerikanischer Politik: no intervention, keine Einmischung) immer noch aufrecht, stehe den Entwicklungen auf dem europäischen Kontinent „beobachtend" gegenüber, wolle eigentlich mit all diesen Irrungen und Wirrungen der Alten Welt herzlich wenig zu tun haben. In Wirklichkeit ist man an diesen Dingen sehr interessiert. Einmal hängt ja von der politischen Entwicklung in Europa die Lösung des interalliierten Schuldenproblems ab, das letzten Endes auf die allgemeine Verschuldung aller Staaten an Amerika hinausläuft. Und dann ist Amerika durch tatsächlich schon vorhandene oder beabsichtigte Kapitalsinvestierungen in allen europäischen Staaten, nicht zuletzt in Deutschland, an der weiteren Entwicklung der Lage in Europa ganz außerordentlich interessiert. Nach außen hin kam das ja zum Ausdruck dadurch, daß bei der Durchführung des Londoner Paktes Herr Gilbert, also ein Amerikaner, die Leitung besitzt und daß ein Amerikaner in die Reparationskommission eintrat.

Bekanntlich hatte vor einem Jahre bei den Verhandlungen in London der Wink amerikanisch-englischer Geldleute genügt, um den steckengebliebenen Karren wieder in Bewegung zu setzen. Jetzt, mitten in die Verhandlungen über den Sicherheitspakt, die infolge der französischen Antwortnote gleichfalls gefährdet zu sein scheinen, erfolgt wieder von drüben her ein Wink. Präsident Coolidge hat in einer Festrede, die er in der Harvard-Universität hielt, eine als regierungsoffiziell zu bezeichnende Rede über die Sicherheitspaktverhandlungen gehalten, die sich äußerlich an die bisher befolgten, oben skizzierten Formen hielt: Europa muß seine eigenen Angelegenheiten selbst in Ordnung bringen, Amerika werde sich mit einer „moralischen" Unterstützung aller Bestrebungen begnügen, die der Herbeiführung einer wirklichen Befriedung Europas dienen. Dabei stellte er die Forderung in den Vordergrund, daß man in Europa mit dem Kriegsgedanken doch endlich Schluß machen solle; man müsse anfangen, an den guten Willen der Gegenseite endlich zu glauben, nicht bei den andern die Absicht voraussetzen, bei passender Gelegenheit die Kriegsfurie zu entfesseln. „Aus diesem Grunde sollten die Völker der Alten Welt, wenn sie einander nicht trauen, schnellstens Verträge abschließen, die die gegenseitige Sicherheit garantieren, und dafür sorgen, daß solche Verträge, wenn sie einmal geschlossen sind, auch gegenseitig beachtet werden, gleichgültig, welche Opfer dies erfordert." Schiedsgerichtsverträge sollten vereinbart werden, in denen die Beilegung von Streitigkeiten durch juristische Methoden erfolgen könne; das werde die „moralische Unterstützung" der amerikanischen Regierung erhalten. Und — nun kommt das Wichtigste — solche Verträge würden für die teilnehmenden Nationen neben dem geistigen auch einen finanziellen Lohn nach sich ziehen; „denn auf welch' andere Art könnte man die Neigung, das finanzielle Wiederaufleben Europas zu unterstützen, besser ermutigen als durch solche Verträge?"

Nun denken die Amerikaner gar nicht daran, Europa finanziell um seiner schönen Augen willen zu helfen. Sie wollen verdienen, viel verdienen. Das ist aber natürlich nur möglich in einem Europa, in dem die politischen Spannungen nicht mehr hemmend auf die Wirtschaft wirken. Das ist der sehr reale Hintergrund aller jener überaus schönen Worte, bei denen die Wiederkehr eines „Friedens der Gerechtigkeit" natürlich auch vorkommt. Amerika selbst kümmert sich in seiner Rüstungspolitik wenig um all diese Mahnungen; aber leider muß sich Europa angesichts der politischen und wirtschaftlich-finanziellen Übermacht Amerikas darum kümmern. „Warum können sich die europäischen Völker denn nicht auf dauerhafte Friedensbedingungen einigen und internationales Vertrauen und den Kredit in vollem Umfange wiederherstellen?" winkt Coolidge.

Er winkt also mit dem Dollarsack. Mit Unbekümmertheit wischt Amerikas Präsident sozusagen die ganze Wirklichkeit beiseite, von der wir gerade jetzt z. B. in der Note der Botschafterkonferenz über die Knebelung der deutschen Luftfahrt einen überaus krassen Beweis erlebten. Von dem Geist, der aus dieser Note spricht, ist die Art, wie Frankreich die deutschen Sicherheitsvorschläge beantwortet hat, durch und durch erfüllt. Nein „moralischen" Winken ist Frankreich — siehe die vorjährigen Londoner Verhandlungen! — immer unzugänglich geblieben; aber wir haben noch nicht vergessen, daß auch der amerikanische „Beobachter" auf jener Konferenz sich dem Widerstand der andern Ententevertreter gegen die sofortige Räumung des Ruhrgebietes anschloß. Die Praxis sieht eben gerade in der amerikanischen Politik häufig recht anders aus als die Reden, die man in die Welt hinausgehen läßt.

Unsere Vorschläge bewegen sich in dem Geist, den Coolidge für diese Abkommen fordert; wenn seine Worte auf Frankreichs Politik Einfluß haben würden, wäre das erfreulich. Zum mindesten müssen wir sie aber politisch ausnutzen.

Abbruch der Pariser Wirtschafts-Konferenz.

Kein deutsch-französisches Provisorium.

Paris, 6. Juli.

Handelsminister Chaumet und Staatssekretär Trendelenburg hatten gestern eine weitere Unterredung, die völlig ergebnislos verlief. Beide Herren sind zu der Erkenntnis gelangt, daß es nicht möglich ist, vor den Parlamentsferien ein provisorisches Abkommen zu treffen. Am Montag findet eine Schlußsitzung zwischen Trendelenburg und Chaumet statt, auf der bestimmt werden soll, was weiter geschehen soll, um ohne ein vorläufiges Wirtschaftsabkommen die Handelsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Am Dienstag dürfte dann die deutsche Abordnung wahrscheinlich die Rückreise nach Deutschland antreten.

Der Grund für den Abbruch der Verhandlungen besteht darin, daß von deutscher Seite die französische Forderung auf Meistbegünstigung für Weine und Textilwaren definitiv abgelehnt werden mußte. Ihrerseits konnten die Franzosen uns nicht die erwartete Reduktion für optische und chemische Artikel und Spielwaren einräumen. Die Unterzeichnung eines provisorischen Abkommens vor Schluß der Kammersession, die bekanntlich am 16. Juli stattfindet, war sowieso unmöglich. Da die Franzosen im Laufe des Winters eine völlig neue Zolltarifvorlage einbringen wollen, besteht Grund zu der Annahme, daß die Verhandlungen voraussichtlich nicht vor März nächsten Jahres wieder aufgenommen werden.

Eine englische Verurteilung der Luftfahrtnote.

London, 6. Juli. Die Wochenschrift „New Statesman" schreibt: Es würde schwer fallen, einen klareren Beweis der niederschmetternden Zwecklosigkeit gewisser Teile des Versailler Vertrages zu finden als die Veröffentlichung des „abgeänderten" Planes der Beschränkungen für den Bau und die Verwendung von Luftfahrzeugen in Deutschland. Die Zeitschrift bezeichnet die neuen Bestimmungen als dazu angetan, ein Höchstmaß von Erregung mit einem Mindestmaß von Sicherheit zu verbinden. Natürlich würden sie von allen deutschen Kreisen abgelehnt werden.

Amundsens Ankunft in Oslo

Oslo, 6. Juli. Amundsen ist am Sonntag gegen Mittag in Oslo eingetroffen und von einer großen Menschenmenge freudig begrüßt worden. Seinen Schiffen fuhren Motorboote, die Spalier bildeten, und Flugzeuge entgegen. Die Königin Maud rief von ihrem Motorboot Amundsen den ersten Willkommensgruß zu. Der Storthingpräsident hielt die Begrüßungsansprache, für die Amundsen bewegt dankte. Die Polflieger fuhren dann im offenen Wagen zum Schloß zu einer Audienz beim König, die eine Viertelstunde dauerte. Die Nordpolfahrer wurden ausgezeichnet, Amundsen erhielt die Bürger-Verdienstmedaille in Gold.

*

Erschwerte Einreise Deutscher nach Polen.

Berlin, 5. Juli. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß im Zusammenhang mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhandlung mit Polen die Einreise Deutscher nach Polen von der polnischen Regierung außerordentlich erschwert worden ist und praktisch nur in den seltensten Fällen gestattet wird. Diese völlig ablehnende Haltung Polens wird deutscherseits mit entsprechenden Maßnahmen beantwortet werden.

*

Sicherheitskonferenz im Haag?

London, 5. Juli. In hiesigen politischen Kreisen verlautet, daß der deutsche Gesandte im Haag im holländischen Außenministerium eine Demarche unternommen hat, um zu erfahren, ob die holländische Regierung bereit sei, als Gastgeber einer internationalen Konferenz über die Sicherungsfrage im Herbst zu fungieren, sobald die Vorverhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten erfolgreich abgeschlossen seien.

*

Neues Erdbeben in Japan.

Zwei Städte zerstört.

Japan ist von zwei neuen Erdbeben heimgesucht worden. Die Erdstöße ereigneten sich in Tottori, im südlichen Teil des japanischen Festlandes, einer Stadt von 26 000 Einwohnern. Sie liegt im Distrikt des furchtbaren Erdbebens vom 24. Mai, das Hunderte von Menschenleben forderte. Die jetzigen Nachrichten besagen, daß zwei Städte vollständig vom Erdboden vertilgt und Hunderte von Häusern zerstört sind. Die Eisenbahnen wurden aufgehalten, es verlautet jedoch, daß dicht vor Tottori ein ganzer Zug verschüttet wurde.

Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt, doch sollen zahlreiche Tote zu beklagen sein. Tottori ist die Hauptstadt der Provinz gleichen Namens, die im Südwesten der japanischen Insel Hondo liegt. Sie befindet sich an der Küste des Japanischen Meeres und ist bekannt durch ihre Baumwoll- und Seidenindustrie.

63¼ Millionen Einwohner.

Ergebnis der Volkszählung in Deutschland.

Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamts über die von den Gemeinden und den statistischen Landesämtern ermittelten vorläufigen Ergebnisse der Reichsvolkszählung vom 16. Juni 1925 beträgt die Bevölkerung des Deutschen Reiches ohne Saargebiet 62¼ Millionen. Rechnet man auch noch das Saargebiet, in dem wegen seiner vorübergehenden Lostrennung von der deutschen Verwaltung nicht gezählt werden konnte, mit seinen rund 750 000 Einwohnern hinzu, so beziffert sich die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches heutigen Umfangs auf 63¼ Millionen Einwohner.

Das ist etwa die gleiche Bevölkerungszahl, wie sie das Deutsche Reich früheren Umfangs bereits Ende 1908 aufzuweisen hatte. Bei Ausbruch des Weltkrieges zählte das Deutsche Reich bereits 68 Millionen Einwohner. Für das Reich innerhalb seiner heutigen Grenzen (jedoch ohne Saargebiet) hat sich nach der Zählung vom 16. Juni 1925 gegenüber der Zählung vom 8. Oktober 1919 eine Zunahme der Bevölkerung um rund 3,3 Millionen oder 5,6 % ergeben. Im vorhergehenden Zählungszeitraum 1910/19 betrug (infolge Kriegsverluste) die Zunahme der Bevölkerung im heutigen Reichsgebiet lediglich 1,4 Millionen oder 2,4 %. Gegenüber der letzten Vorkriegszählung (1. Dezember 1910) hat sonach die Zählung vom 16. Juni 1925 eine Zunahme von rund 4,7 Millionen oder um 8,1 % ergeben. Auf dem heutigen Reichsgebiet (jedoch ohne Saargebiet) wurden gezählt:

	Einwohner insgesamt	davon männlich	davon weiblich
1925 (16. 6.) . . .	62 468 762	30 168 033	32 300 729
1919 (8. 10.) . . .	59 178 185	28 171 980	31 006 205
1910 (1. 12.) . . .	57 798 369	28 489 817	29 308 552

Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Geschlecht hat durch den Krieg wesentliche Verschiebungen erfahren. Während vor dem Krieg (1910) auf 1000 männliche rund 1029 weibliche Einwohner trafen, wurden 1919 auf 1000 männliche 1101 weibliche Einwohner festgestellt. Die neue Zählung weist zwar ebenfalls noch einen starken Frauenüberschuß (1000 zu 1074) auf, läßt aber doch (im ganzen gerechnet, d. h. ohne Rücksicht auf die Altersgliederung der Bevölkerung) schon eine gewisse Rückbildung des durch den Krieg verursachten ungewöhnlich hohen Frauenüberschusses erkennen.

Die Räumung des Ruhrgebiets.

Bochum und Gelsenkirchen werden geräumt.

Die Besatzungsbehörde hat offiziell der Stadt Gelsenkirchen mitgeteilt, daß bis zum 15. Juli die Stadt Gelsenkirchen von den Besatzungstruppen geräumt sein wird. Bis zum 12. Juli hat die Übergabe der Wohnungen und des Inventars zu erfolgen. Gegenwärtig kommen 42 Wohnungen, 12 Einzelquartiere und 4 Massenquartiere in Betracht. Die gleiche Benachrichtigung ist den Gemeinden im Bannkreise Gelsenkirchen zugegangen, in denen noch französische Truppen liegen. Da dieser Befehl von der Kommandostelle Bochum, zu der Gelsenkirchen gehört, gegeben wurde, kann mit der Räumung der sogenannten Linie Bochum bis zum 15. Juli gerechnet werden. Auch der Stadtverwaltung Bochum ist unterm 2. Juli ein Schreiben des Besatzungskommandanten General Frank zugegangen, in welchem er mitteilt, daß er die Anweisung erhalten habe, die Stadt und den Bezirk Bochum zu einem gewissen Zeitpunkt zu räumen. Den genauen Tag der Abreise der Truppen will er der Stadtverwaltung noch mitteilen.

Spaniens Bedingungen für Abd-el-Krim.

Neuer Einbruch in die französischen Linien.

In Madrid wird offiziös bekannt, daß Spanien Abd-el-Krim folgende Friedensbedingungen vorschlägt: Spanien verpflichtet sich, an Abd-el-Krim vier Millionen Pesetas zu zahlen; Spanien erkennt die Autonomie des Riffs unter spanischer Oberhoheit an; Spanien hat das Recht, in Alhucemas einen Hafen zu bauen sowie ferner eine Eisenbahnlinie zwischen Melilla und dem Grubengebiet anzulegen. Die Gruben sollen durch eine internationale Gesellschaft betrieben werden. Abd-el-Krim soll dieses Angebot mit der Begründung abgelehnt haben, er könne nur dann mit den Spaniern Frieden schließen, wenn ihm vollkommene Unabhängigkeit zugesichert werde.

Selbst der amtliche französische Heeresbericht gibt zu, daß die Lage auf dem rechten Flügel der französischen Front sehr ernst ist. Der feindliche Druck verstärkt sich.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF